

# Energiewende: Politischer Dogmatismus ist fehl am Platze

*Von Joachim Marschall von Bieberstein*

Wie können wir Deutschen hoffen, gegen den Klimawandel andere Länder mit ins Boot zu holen? Wir tun uns ja schon schwer, unsere selbst gesetzten Ziele einzuhalten. Mit unseren Windrädern allein werden wir den Kampf jedenfalls nicht gewinnen.

Die große Dürre des Sommers 2018 in Deutschland hat es einmal mehr demonstriert: Das Wetter schlägt immer merkwürdigere Kapriolen, und dies mit zunehmend unangenehmen Folgen für Mensch und Natur. Aber sind die bisherigen Ansätze, mit diesem Phänomen umzugehen, wirklich so rational, wie es seiner Bedeutung angemessen wäre? Zunehmend wird das Thema zur Glaubensfrage bei Bürgern und Politikern. Die einen fordern, die [Energiewende](#) zu forcieren – je mehr Windräder in deutschen Landen, desto besser. Die anderen leugnen im Extremfall den Klimawandel.

Können aber deutsche Windräder den globalen Klimawandel überhaupt nennenswert reduzieren, und ist das [1,5-Grad-Ziel](#) realistisch, wenn der Rest der Welt beim Klimaschutz nicht in gleichem Maße und Tempo mitzieht? Können wir hoffen, im Verfolgen unserer internationalen Klimaziele genug andere und vor allem die „Großen“ mit ins Boot zu holen, wenn wir selbst uns schon schwertun, unsere selbst gesetzten Ziele einzuhalten? Kann die weltweit viertgrößte Wirtschaftsnation im globalen Wettbewerb auf Dauer noch mithalten, wenn sie ihre wirtschaftlichen Strukturen konsequenter als andere „ökologisiert“?

Muss man nicht fürchten, dass eine Abwärtsspirale aus schwindenden Einnahmen im Wirtschaftssektor bei steigenden Ausgaben im Energiesektor einsetzen wird – mit der Folge eines exponentiell abnehmenden Lebensstandards in unserem Land? Und was ist überhaupt machbar, wenn es darum geht, äußerst komplexe geophysikalische Prozesse, die längst im Gange sind und die wir immer noch nicht in vollem Umfang verstehen, zu beeinflussen?

Exklusiv für Abonnenten



Was unsere nationale Energiewende angeht, ist die Frage unbeantwortet (und kann womöglich auch nicht beantwortet werden), wie viel sie den Verbraucher in den kommenden zehn bis zwanzig Jahre kosten wird. Auch wenn die Deutschen bereits jetzt einen der höchsten [Strompreise](#) weltweit bezahlen – wir stehen vor einer Kostenentwicklung, von der man vermuten muss, dass sie sich noch auf absehbare Zeit fortsetzen wird.

Und dabei hat sich die Politik noch gar nicht des Themas Mobilität in all ihren Facetten angenommen, aber man ahnt: Deutlich steigende Preise auch in diesem Bereich werden zu fundamentalen Veränderungen in unseren Lebensgewohnheiten führen. Und was bedeutet die Verteuerung der [CO2-Emissionen](#) für einen guten Teil unserer Industrie und deren Arbeitsplätze?

Die Politik ist angesichts dieser extrem komplexen Situation in keiner beneidenswerten Situation: Sie muss sich mit schwierigen Ziel- und Interessenkonflikten, zahlreichen Unbekannten in einer langen Gleichung und einer Wählerschaft auseinandersetzen, die in ihrer großen Mehrheit durch jahrzehntelanges Wachstum und im großen Ganzen behaglichen Wohlstand verwöhnt wurde.

**Strukturwandel für Kohleausstieg bekommt bis Mai ein Gesetz**

Es geht um Tausende Arbeitsplätze und um Milliarden Euro. Der Fahrplan für den Kohleausstieg in Deutschland steht, nun haben Bund und die betroffenen Länder erste Absprachen getroffen – bei einem Abendessen mit der Kanzlerin.

Quelle: WELT/Karl-Heinz Hüning

Ungeachtet politisch korrekter Antworten in öffentlichen Umfragen wird die Wählerschaft mehrheitlich nicht bereit sein, ihre lieb gewonnenen Gewohnheiten kampflos aufzugeben oder auch nur anzupassen – die Proteste gegen Fahrverbote geben nur einen ersten Vorgeschmack. Konkret stellt sich die Frage der politischen Akzeptanz zu treffender klima- und energiepolitischer Maßnahmen, aber auch die damit in engem Zusammenhang stehende Frage nach deren Effektivität und Plausibilität.

In dieser Situation lohnt es, sich an die bismarcksche Definition von der „Politik als der Kunst des Möglichen“ zu erinnern. Sie fordert im Umkehrschluss von der Politik die Fähigkeit, anzuerkennen, dass eben nicht alles, was wünschenswert sein mag, machbar ist. In kaum einem anderen aktuellen Politikbereich dürfte dies so nötig sein wie in der Klima- und Energiepolitik. Angesichts begrenzter Ressourcen müssen diese auch in der Klima- und Energiepolitik klug, das heißt optimal eingesetzt werden.

Zugleich muss für eine faire Lastenteilung gesorgt werden, die auch das Verursacherprinzip als fundamentalen Grundsatz der Lastenteilung im Auge behält. Politischer Dogmatismus ist demgegenüber absolut fehl am Platze, denn er verstellt den Blick für das Optimum bei der Auflösung von Zielkonflikten. Die Klimapolitik darf eben keine Glaubensfrage sein, auch wenn der Klimaschutz wie kaum ein anderes politisches Thema die Grundfesten unserer Existenz berührt.

Autor Joachim Marschall von Bieberstein ist deutscher Diplomat und Botschafter in Ecuador

Quelle: pa/dpa/Jörg Carstensen

### **Zusatzinhalt abrufen**

Um dieses Element anzusehen, öffnen Sie bitte den Artikel auf unserer Webseite.

[Zur mobilen Webseite](#)

© Axel Springer SE 2019. Alle Rechte vorbehalten.